Einzelpreis 20 Pfg. • 4. Jahrgang Donnerstag, 22. September 1921 Nummer 444 • Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erſcheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zuſtellung ins Haus für Groß-Berlin 16 M. im voraus zahlbar. Für Poſtbezug nehmen ſämtliche Poſtanſtalten Beſtellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutſchland, Oeſterreich, Ungarn, Danzig, das Saar- u. Memelgebiet ſowie die früheren deutſchen Gebiete Polens u. Luxemburgs 20 M., für das übrige Ausland 27 M., per Brief bez. für Deutſchland u. Oeſterreich-Ungarn 86 M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtgeſpaltene Nonpareillezeile oder deren Raum koſtet 6,— M. einſchließlich Inſeratenſteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einſchließlich Inſeratenſteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Geſuche 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Geſuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M.

Fernſprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutſchlands

Der Maſſentod von Oppau

Schnelle Hilfe für die Opfer

Der Umfang der entſetzlichen Kataſtrophe in Oppau läßt ſich nun einigermaßen überblicken. Die Zahl der Getöteten iſt zum Glück nicht ſo ungeheuer, wie in den erſten Schreckensmeldungen angegeben wurde. Dennoch iſt dieſes Unglück das weitaus größte und folgenſchwerſte, das je ein Werk der Induſtrie und ſeine Arbeiterſchaft getroffen hat.

Hunderte von Arbeitern ſind getötet, ihre Familien ſind des Ernährers beraubt. Graues Elend breitet ſich in erſchreckendem Umfange aus. Zahlreiche andere Arbeiter ſind für längere Zeit beſchäftigungslos geworden. Seit Jahren wird der Arbeiterſchaft bei allen Gelegenheiten gepredigt, daß ſie ihre Arbeitskraft Stunde für Stunde für den hohen und idealen Zweck einer ausgiebigen und ununterbrochenen Produktion zur Verfügung zu ſtellen habe. Bei jeder größeren Lohnbewegung wurde die patriotiſche Trommel gerührt: **Wir brauchen Arbeit, Streik iſt Verbrechen am Vaterlande.**

Iſt Arbeitsverweigerung **Verbrechen am Reiche** und ſeiner Zukunft, iſt Arbeit ſittliche Pflicht, dann ſind die Arbeiter von Oppau in Ausübung dieſer Pflicht ums Leben gekommen. Dann hat aber nun das Reich Verpflichtungen gegen dieſe Pflichttreuen und ihre Hinterbliebenen, das heißt, es hat ſofort für eine ausreichende Sicherſtellung der hinterbliebenen Familien zu ſorgen.

Die ganze bürgerliche Welt tut tief erſchüttert. Jeder brave Zeitungsleſer zerdrückt eine Träne. Und der Klingelbeutel wird bereits hervorgeſucht. Tränenrührige Mildherzigkeit darf aber nicht das Mittel ſein, mit dem hier geholfen wird. Wir erinnern an die Ueberſchwemmungskataſtrophen früherer Jahre, bei denen die Betroffenen ſtets aus öffentlichen Mitteln unterſtützt worden ſind. Wir erinnern an die Millionen, die das Reich an die Auslandsdeutſchen gezahlt hat, weil die Kriegskataſtrophe ſie geſchädigt hat. Ja, ſogar die millionenſchweren Reeder haben neue Millionen in Geſtalt von Reichsſubventionen eingeſackt, weil die Kataſtrophe des Friedens ſie zur Hergabe ihrer Schiffe gezwungen hat.

Darum müſſen auch Mittel für die Unterſtützung der Opfer von Oppau ſofort bereitgeſtellt werden. Und wir ſagen ſchon jetzt, daß wir gegen jede Knickrigkeit bei der Bewilligung und bureaukratiſche Engherzigkeit bei der Verteilung der Mittel mit aller Schärfe opponieren werden. Auch mit einmaligen Zahlungen iſt wenig getan. Ein Geſetz iſt nötig, das die Sicherſtellung der Hinterbliebenen der Opfer garantiert.

Einſtweilen verlautet noch nichts über die Abſichten der Regierung in dieſer Beziehung. Beileidstelegramme ſind bisher die einzige Leiſtung öffentlicher Stellen. Dagegen werden wir ſehr bald das Lied von den notleidenden Induſtriellen ſingen hören. Es ſind ſchon Anzeichen dafür vorhanden, daß die Forderung, das Reich möge beim Wiederaufbau des Werkes helfen durch die Hergabe von Zuſchüſſen, ſehr bald ans Tageslicht treten wird.

Darum iſt es notwendig, ſchon jetzt daran zu erinnern, daß gerade das Oppenauer Anilinwerk und die verwandten Unternehmungen in den letzten Jahren große Gewinne erzielt und ausgeſchüttet haben. Da ſie nicht wußten, wohin mit den Millionen, ſind ferner ſtarke Rücklagen gemacht worden, darunter für jedes der fünf Werke des Anilin-Konzerns 80 Millionen allein als Werkerhaltungsfonds. Auch die Mittel des Konzerns müſſen in vollem Umfange zum Aufbau des Werkes in Oppau herangezogen werden, denn wenn die Geſellſchaften des Konzerns bei der Organiſation und Ausnutzung der Produktion auf Teilung arbeiten, dann iſt es nur billig, daß ſie auch den Schaden einer ſolchen Kataſtrophe gemeinſam tragen. Der Konzern aber ſtellt eine Rieſenkraft dar, die zur Wiederherſtellung des Oppauer Werkes ſpielend in der Lage iſt.

Die Arbeiter von Oppau haben ihr Leben verloren. Das bringt auch die reichlichſte Unterſtützung der Angehörigen nicht zurück. Mögen die Herren Unternehmer, die fern vom Gefahrenherd in Sicherheit weilten, ihre Millionen opfern, die ſie aus dem Fleiß der von der Wut der Kataſtrophe Zerſtückelten und Verbrannten gemünzt haben. Sie tun es doch nur, damit nachdem wieder tauſende von Arbeitern neue Profite für ſie ſchaffen können. Wieder mit dem Tod vor Augen!

Weitere Einzelheiten

TU. Frankfurt a. M., 22. September.

Ein Mitarbeiter des „Frankfurter Generalanzeigers", der an der Unglücksſtelle weilt, berichtet folgendes: **Meterdicke Betonpfeiler waren vollſtändig zu Staub zermalmt.** Der ſüdliche Teil der Fabrik bildet einen Trümmerhaufen. Ueber die Zahl der Toten **kann man bis jetzt noch kein genaues Urteil abgeben**, da das Trümmerfeld noch lange nicht abgeſucht iſt. Offenbar iſt die Exploſion in dem Bau Nr. 51 entſtanden, in deſſen Kellerräumen große Vorräte von Ammoniak lagerten. Wie heftig die Exploſion war, ergibt ſich daraus, daß dieſer Bau **vollſtändig vom Erdboden verſchwunden iſt. Es iſt ein Exploſionstrichter entſtanden, der etwa 70 Meter in der Länge und 90 Meter in der Breite mißt.** Auf dem Fabrikgrundſtück befinden ſich auch neun Gaſometer, von denen der eine nicht weniger als 50 000 Kubikmeter Gas enthält. Dieſe neun Gaſometer ſind ebenfalls **vollſtändig vom Erdboden verſchwunden** und es ragen lediglich noch einzelne eiſerne Säulen aus dem Schutthaufen hervor. Auf der Unfallſtelle ſpielten ſich erſchütternde Szenen ab. Nach den bisherigen Ermittelungen kann man annehmen, **daß die Zahl der Toten annähernd 800 beträgt.**

Wie der Mannheimer Berichterſtatter der „Telunion" mitteilt, bildet Oppau, das etwa 6500 Einwohner zählt, **ein Bild ſchrecklicher Verwüſtung.** Mehrere Bewohner ſind getötet und eine große Anzahl ſchwer verletzt. Die Grabſteine wurden aus dem Friedhof herausgeſchleudert und die Leichenhalle zerſtört. **Gendarmerie aus der Pfalz und franzöſiſche Beſatzungstruppen und Polizei ſperrten die Unglücksſtelle ab.** In Mannheim ſind große Schaufenſter in Trümmer gegangen und wertvolle Waren vernichtet worden. Ein ununterbrochener Zug von Laſtwagen zur Aufnahme der Verwundeten geht über die Rheinbrücke. Die Franzoſen üben eine ſcharfe Kontrolle aus und haben die Unglücksſtelle in weitem Umkreis abgeſperrt. In der Nähe derſelben liegen noch überall gräßlich zugerichtete Leichenteile, verſtümmelte Köpfe und Gliedmaßen.

Die Hilfsmaßnahmen

Mainz, 22. September.

Wie mitgeteilt wird, hat der franzöſiſche Oberkommiſſar in den Rheinlanden, Tirard, den Arbeitergewerkſchaften in Ludwigshafen als erſte Beihilfe für die Familien der Opfer des Unglücks in Oppau 75 000 Mark überreichen laſſen.

Der bayeriſche Landtag nahm in ſeiner geſtrigen Sitzung nach der Wahl des Miniſterpräſidenten die Dringlichkeitsanträge betreffend **die Hilfsaktion für Ludwigshafen** an. Sozialminiſter **Oswald** teilte mit, die Regierung habe ſofort den bedauernswerten Hinterbliebenen und den Verletzten das herzlichſte Beileid ausgeſprochen. Er, der Miniſter und der Landesgewerberat würden ſofort abreiſen, um ſich perſönlich von dem Sachſchaden zu überzeugen. Die Regierung werde ferner **unverzüglich die entſprechenden Mittel anweiſen, um den Beteiligten vorläufig Zuſchüſſe gewähren zu können.**

Der **Reichspräſident** richtete an die Regierung Speyer nachſtehendes Telegramm: „Tieferſchüttert durch die Nachricht von dem furchtbaren Unglück im Oppauer Werk ſpreche ich **den bedauernswerten Hinterbliebenen der getöteten Arbeiter und Angeſtellten meine herzlichſte Teilnahme aus.** Ich hoffe, daß es ärztlicher Hilfe und Pflege gelingt, die ſo zahlreichen Verletzten, deren ich in aufrichtigem Mitgefühl gedenke, zu retten. **Der materiellen Notlage der von dieſer ſchweren Kataſtrophe Getroffenen vorzubeugen, wird eine dringliche Aufgabe der Reichs- und Staatsbehörden und der menſchenfreundlichen Hilfe der Volksgenoſſen ſein."**

Der Reichspräſident hat den Reichskanzler gebeten, mit tunlichſter Beſchleunigung **eine Hilfsaktion für die Opfer der Kataſtrophe in die Wege zu leiten.**

Bisher 200 Leichen geborgen

Ludwigshafen, 22. September.

Wie die Ludwigshafener Polizeidirektion geſtern mitteilte, waren bis gegen 4 Uhr nachmittags 200 Leichen geborgen. Ueber die Zahl der Verwundeten ſind zuverläſſige Angaben bis jetzt nicht gemacht worden, da ſich der weitaus größere Teil der Arbeiter, der mit leichten Verwundungen davongekommen iſt, ſofort nach der Kataſtrophe nach Hauſe begeben hat und die Schwerverwundeten durch Fuhrwerke nach allen Richtungen hin in die umliegenden Ortſchaften und Städte in die Krankenhäuſer geſchafft wurden, ſo daß bis geſtern abend kein Ueberblick gewonnen werden konnte.

Die Urſache der Kataſtrophe

TU. Ludwigshafen, 22. September.

Durch die ausſtrömenden Gaſe iſt die Haut der Toten teilweiſe verkohlt. **Die Leichen ſind zum Teil furchtbar aufgedunſen,** ſo daß nur an Hand der Ausweispapiere ihre Perſonalien feſtgeſtellt werden konnten. Entgegen der Mitteilung der Direktion der Anilinfabrik wird von anderer Seite laut „Frankfurter Zeitung" behauptet, **daß das Unglück auf einen Ueberdruck eines Gaſometers zurückzuführen iſt.**

Degoutte und Tirard in Oppau

TU. Paris, 22. September.

Aus Ludwigshafen wird gemeldet: **General Degoutte** der Oberkommandierende der Rheinarmee, begab ſich geſtern ſofort nach Bekanntwerden der Kataſtrophe von Oppau nach der Unfallſtelle, um ſich von der Beteiligung der franzöſiſchen Truppen an der Hilfsorganiſation zu überzeugen. Der franzöſiſche Oberkommiſſar für die beſetzten Gebiete, Tirard, begab ſich ebenfalls nach Ludwigshafen.

Kampf gegen Wirth

Die Wirkung der Görlitzer Wendung

Ginge es nicht um die Arbeiterbewegung, es wäre zum Schießlachen. Gerade drei Wochen ſind es her, ſeitdem die Rechtsſozialiſten und die Unabhängige Sozialdemokratie die Maſſen zur Rieſenkundgebung für die Verteidigung der Republik und zur Niederwerfung der monarchiſtiſchen Reaktion gerufen haben. Jetzt haben in Görlitz die Rechtsſozialiſten gerufen: nicht die Maſſen, ſondern die Deutſche Volkspartei.

Die Deutſche Volkspartei kommt mit Herrn Streſemann an der Spitze, die Vögler, Mittelmann und Stinnes im Gefolge. Sie kommen um zu helfen, die Republik zu ſchützen, den Beſitz zu beſteuern. Wir zweifeln nicht daran, die Goldwerte werden jetzt kräftig erfaßt werden — werden von den Kreiſen hinter Mittelmann und Vögler ſo kräftig erfaßt werden, daß für das Reich nicht viel übrig bleiben wird. Vor allem aber werden ſie die Republik ſchützen. Denn ſie ſind ſo einſichtig, daß ſie erkennen, daß das jetzt für grundſätzliche Monarchiſten das Wichtigſte iſt.

Schon beginnen die Wirkungen. Der Mann, der bisher den Schutz der Republik als ſein Programm verkündet hatte, reicht nicht aus. Dr. Wirth ſcheint dem Dr. Streſemann, der jenen erſt vor einigen Tagen als plumpen Demagogen und engen Parteipolitiker gebrandmarkt hat, als Reichskanzler nicht zureichend. Man erinnert ſich ja auch, daß Herr Streſemann in der Ultimatumskriſe ſich ſehr gerne ſelbſt zum Reichskanzler gemacht hätte. Aber abgeſehen vom Perſönlichen, Herr Wirth iſt wirklich nicht ſehr für die neue Konſtellation geeignet. Seine Veröffentlichung des Weismannberichts hat nicht nur die Reaktion, ſondern alle ängſtlichen Gemüter, alſo auch die Demokraten, heftig erſchreckt. Aber Wirth hat noch Schlimmeres getan. Er hat vor kurzem heftige Angriffe gegen das Großkapital gerichtet! Jetzt kommt das Großkapital zur Regierung. Es will die Republik ſchützen. Darf man ihm da dieſen Schutz erſchweren, indem man abfällige Aeußerungen über ſeine Opferwilligkeit macht?

Die „Tägliche Rundſchau" verkündet bereits „Wirths Ende". Weder Streſemann noch Stegerwald ſeien ſeine Freunde. Indem aber die Sozialdemokratie für ihren Eintritt in die preußiſche Regierung auf Stegerwald und Streſemann angewieſen ſei, müſſe ſie dieſer Abneigung gegen Wirth Rechnung tragen. Das würde ihr um ſo leichter gemacht, da ſie dann ſelbſt den Reichskanzlerpoſten beſetzen könnte. Außenpolitiſch ſei die Beſeitigung Wirths, meint das „nationale" Blatt, ſehr nützlich. Ein linksgerichtetes Kabinett, alſo Wirth, entſpräche franzöſiſchen Wünſchen. England aber wünſche die breite Baſis einer Koalition der Mitte. Früher hieß es: Gott ſtrafe England. Jetzt heißt es bei den Nationalen: Gott ſtrafe Wirth und erfülle Englands Wunſch . . .

Daß die Treibereien gegen Wirth durchaus ernſt zu nehmen ſind, geht aus der Abwehr in verſchiedenen Zentrumsorganen deutlich hervor. So veröffentlicht die „Germania" einen Artikel des Zentrumsabgeordneten Joos. Er ſchreibt: „Erzberger iſt erledigt. Die Wühlerei gegen den Reichskanzler Dr. Wirth iſt in vollem Gange. Intriguen werden geſponnen. Und ſchon frohlocken ſeine Feinde: er iſt ein toter Mann." Joos fährt fort:

> „Der Prozeß der Diskreditierung Dr. Wirths wickelt ſich äußerlich in ähnlichen Formen ab, wie bei Erzberger. Wirth: „Ein mittelmäßiger Schulmeiſter", „ein leichtfertiger Dilettant und Oberflächenmenſch", „Buhler um die Gunſt der Straße", „ſchwächlicher Pazifiſt ohne Nationalſtolz", „Verräter deutſcher Intereſſen" — Reichsverderber. Das iſt die Skala.

Angreifer, ſagt Joos, ſind die Deutſchnationalen, Volksparteiler ſekundieren gedämpft. Dieſe nationaliſtiſche Oppoſition — und wir finden, daß die „gedämpfte" Feindſchaft der zur Regierung gelangenden Volksparteiler noch gefährlicher iſt als die offene der Deutſchnationalen — iſt unverſöhnlich. Joos charakteriſiert ſie ſehr gut:

> Der verfehlte Standpunkt dieſer nationaliſtiſchen Oppoſition zwingt ſie dazu, eine Politik der Erfüllung und Verſöhnung mit allen Mitteln zu bekämpfen. Sie will weder erfüllen noch verſöhnen. Sie rebelliert ganz einfach gegen die Tatſache der Niederlage und Konſequenzen, die aus ihr fließen. Das nennt ſie „einzig national". Mit Vernunft und Logik iſt da nichts zu machen, zumal ſich die Herren ja ſtaatlicher Verantwortlichkeit entziehen. Mit dieſem „einzig wahren" Nationalſtandpunkt verbindet ſich ein derb realiſtiſcher Inſtinkt. Militariſten und Großkapital ſind geeint. Man will nicht erfüllen, es nicht einmal verſuchen, weil man **nichts hergeben will von Hab und Gut.** Keine Reparation, keine Steuerlaſten um der Wiedergutmachung willen. Nur kapitalhaſſeriſche Sozialiſten ohne Vaterlandsgefühl, nur verſtiegene demokratiſche Pazifiſten, nur ſchwarze Internationaliſten, wie ſie das Zentrum verkörpert, ſind dazu fähig. Sie alle ſind Vaterlandsverräter. Das iſt der Gedankengang. **So verbinden ſich auf der rechten Seite Nationalgedanke und Beſitzintereſſen.** Man muß ſich dieſen Gedankengang klar vor Augen halten. Wer Beſitzintereſſen zu wahren hat und von dieſer Seite angelockt wird, muß ſich beizeiten darauf beſinnen, ehe er auf das Trittbrett ſpringt. Sonſt muß er die tolle Fahrt bis ans Ende mitmachen. Hinter der organiſierten Hetze gegen Wirth ſteht eine ausſichtsloſe Politik nationaliſtiſcher Abenteurer, ſtehen, wie wir wiſſen, ganz konkrete Pläne einer radikalen Wende-

tung des Steuerprogramms, in unmittelbarer Folgewirkung beider Dinge brutalſter Entſcheidungskampf zwiſchen breiten Maſſen und Oberſchicht.

Joos ſieht die Dinge ganz richtig, aber nicht die Konſequenzen. Er meint, dieſer Entſcheidungskampf müſſe vermieden werden, das geſamte Zentrum müſſe ſich hinter Wirth ſtellen. Er überſieht aber die entſcheidende Tatſache, daß dieſe nationaliſtiſchen Kreiſe — ſind ſie erſt als Deutſche Volkspartei in der Regierung —, unterſtützt von den reaktionären Elementen im Zentrum und den Demokraten, bald die Oberhand gewinnen müſſen. Die Gefahr für Wirth mag heute noch nicht akut ſein, weil man die außenpolitiſchen Konſequenzen fürchtet. In Wirklichkeit iſt ſeine Politik bereits unterhöhlt. Mag der künftige Reichskanzler heißen, wie er wolle, der Beſchluß von Görlitz hat einem Kabinett Streſemann die Bahn frei gemacht mit allen Konſequenzen in der inneren und äußeren Politik.

In Görlitz hat man die Maſſen nach Hauſe geſchickt und die Deutſche Volkspartei gerufen. Die Zeit iſt vielleicht nicht fern, wo den Rechtsſozialiſten vor dem neuen Koalitonsgenoſſen grauen und ſie ſich nach den Maſſen zurückſehnen werden. Dann wird es unſer Ruf ſein, dem die beſſer belehrten Maſſen folgen werden.

Streſemanns Antwort

Er freut ſich

Streſemann ſprach geſtern in Pforzheim über die Reichspolitik. Er richtete wieder Angriffe gegen den Radikalismus Wirths.

Dann erklärte er, daß ſeine Partei auf dem Boden der Weimarer Verfaſſung ſtehe. Wenn wir uns einmal auf den Boden ſtellen, daß wir mit dieſer Verfaſſung auskommen müſſen, müſſen wir nach innen und außen eine breite Regierungsbaſis bilden, die in der Lage iſt, konſtante Verhältniſſe in Deutſchland zu ſchaffen. Wenn an mich die Frage gerichtet wird, ob ich zu einem Zuſammenarbeiten mit der ſozialdemokratiſchen Partei bereit bin, dann beantworte ich ſie mit einem glatten Ja. Staat und Wirtſchaft können die Mitarbeit der produktiven Kräfte, der Politiker, Beamten uſw., die in den Parteien organiſiert ſind, nicht entbehren. Anſtatt zu ſagen: Hie Rechtsblock, hie Linksblock! ſollte man den Gedanken propagieren: Volksgemeinſchaft aller. Wir müſſen eine Arbeitsgemeinſchaft ſchließen mit der Sozialdemokratie.

Aus dieſem Geſichtspunkte mache ich ferner kein Hehl daraus, daß ich mich freue über den Beſchluß der Sozialdemokraten auf dem Görlitzer Parteitag. Er eröffnet den Weg einer Verſtändigung in Preußen und im Reich. Er kann die Sicherung einer Regierung geben, die notwendig iſt, wenn wir dem Auslande gegenüber mit Erfolg verhandeln wollen. Das iſt zwar nur eine Arbeitsgemeinſchaft, aber der Görlitzer Beſchluß hat noch ein weiteres gebracht, was mich freut: Die Abſage der Mehrheitsſozialdemokratie an die radikale Linke, die Kommuniſten und die Unabhängigen. Nach der Ermordung Erzbergers ſah es ſo aus, als ob nun alles nach links ginge. Wenn es nun dahin kommt, daß die Deutſche Volkspartei in die Regierung eintritt, dann kommt die Verſtändigung zwiſchen den Sozialdemokraten und uns, dann iſt die Möglichkeit gegeben, zu einem Zuſammenarbeiten in einer Zeit, in der dieſe Zuſammenarbeit von der allerbitterſten Notwendigkeit iſt. Wir erklären uns bereit, uns in den ſchwebenden Finanzfragen, in der Innen- und Außenpolitik auf eine breite Baſis zu begeben, um dem Reiche zu dienen. Die Reichstagsfraktion, die in dieſen Tagen in Heidelberg beiſammen war, hat mir zu dieſer Zuſammenarbeit ihre Unterſtützung zugeſagt.

Geht Gradnauer? Bereits vor einigen Tagen wurde mitgeteilt, daß der jetzige Reichsminiſter des Innern, Dr. Gradnauer, zum Nachfolger des ſächſiſchen Geſandten in Berlin auserſehen ſei. Dieſe Nachricht wurde dementiert, dürfte aber doch, wie das „B. T.“ erklärt, zutreffend ſein, da ihm aus ſozialiſtiſchen Kreiſen Sachſens mitgeteilt worden iſt, daß er ſich vor ſeinem Eintritt in das Reichskabinett bereit erklärt habe, einem ſolchen Ruf zu folgen.

Entfernung des Polizeipräſidenten Poehner?

Ein Antrag der bayeriſchen Koalitionsparteien

Wie dem B. T. aus München gemeldet wird, wird von den drei bayeriſchen Koalitionsparteien im Landtag vorausſichtlich ein Antrag eingebracht werden, in dem die Entfernung des Münchener Polizeipräſidenten Poehner von ſeinem Poſten gefordert wird.

Ausſchluß eines Abgeordneten

München, 21. September.

Der Vorſtand der Fraktion der Bayeriſchen Volkspartei beſchloß einſtimmig die Ausſchließung des Landtagsabgeordneten Dr. Zahnbrecher aus der Fraktion. Dr. Zahnbrecher hatte in den Zeitungen eine Erklärung über ſeine perſönliche Stellung zu den brennenden politiſchen Fragen veröffentlicht und darin ſcharfe Kritik an den bei den bisherigen Verhandlungen tätigen Mitgliedern der Fraktion, insbeſondere ihrem Vorſitzenden Held, geübt.

Erzbergers Mörder in der Schweiz?

München, 22. September.

Die „Münchener Neueſten Nachrichten“ melden: Eine Nachricht aus Genf ſtellt es als wahrſcheinlich hin, daß die Mörder Erzbergers ſich in die Schweiz geflüchtet haben und ſich in der Oſtſchweiz aufhalten. Die Polizei verfolgt eifrig ihre Spur.

Die Verurteilung des Genoſſen Fiſcher

Ein Antrag auf Haftentlaſſung

TU. München, 22. September.

Die Unabhängigen haben im Landtage einen Antrag auf ſofortige Haftentlaſſung des zu 1 Jahr und 3 Monaten Feſtungshaft verurteilten Abgeordneten Fiſcher-Nürnberg eingebracht. Der Antrag ſteht bereits auf der Tagesordnung der heutigen Landtagsſitzung.

Ein Förderer der Reaktion

Der Ernährungsminiſter Hermes

Auf dem Schloſſe Neubeuren in Oberbayern haben nach den Mitteilungen des Staatskommiſſars Weismann die ſteckbrieflich verfolgten Führer der Kappiſten ihre Beratungen abgehalten. Auch der bayeriſche Konterrevolutionär Oberſt Xylander iſt dort ein ſtändiger Gaſt geweſen. Aber nicht nur dieſer Herr. Nach einer Mitteilung, die Dr. Heim, der enge Verbindung mit jenen Kreiſen unterhält, vor einigen Tagen in einer Bauernverſammlung gemacht hat, iſt auch — der Reichsernährungsminiſter Hermes hier eingekehrt. Herr Hermes, der ſtets über jede ſeiner Reiſen der Oeffentlichkeit die eingehendſten Berichte erſtattet, hat ſich hierüber aber früher und auch jetzt völlig ausgeſchwiegen.

Dr. Heims Mitteilungen fügen dem Bilde Dr. Hermes kein neues Moment hinzu. Seine Hinneigung zu den ſchärfſten Reaktionären iſt bekannt. Verträgt es ſich aber mit den Pflichten eines Reichsminiſters, Verkehr mit den ſteckbrieflich verfolgten Kappiſten zu pflegen? Eine Reichsregierung, der es ernſt iſt mit der Bekämpfung der Reaktion, hätte doch alle Veranlaſſung dazu, ihre Meinung zu ſagen und Maßnahmen dagegen zu veranlaſſen.

Miniſterpräſident aus Trotz

Miniſterpräſident Stegerwald hatte, wie das „B. T.“ meldet, in den letzten Tagen mit den in Betracht kommenden Parteien unverbindliche Beſprechungen über die Frage der Umbildung des preußiſchen Kabinetts. Dieſe Beratungen dürften in kürzeſter Zeit zu einem Ergebnis führen. Die Nachrichten, die von einer Uebernahme des Kultusminiſteriums durch Stegerwald wiſſen wollen, ſeien aber unzutreffend.

„Sollte Stegerwald nach der Umbildung des Kabinetts noch weiter der preußiſchen Regierung angehören, ſo dürfte das nur in der Stellung des Miniſterpräſidenten ſein.“

Stegerwald hat im Landtage wiederholt verſichert, daß er nur aus Trotz Miniſter geworden ſei. Jetzt ſcheint er aus Trotz Miniſterpräſident bleiben zu wollen. Das iſt der ihm von dem Oberſten Xylander erteilte Befehl.

Niederlage Moskaus in Frankreich

E.E. Paris, 22. September.

Die Nationalverſammlung der franzöſiſchen Gewerkſchaften nahm geſtern die Wahl des Bureaus vor. Die Anhänger Moskaus wurden vollſtändig geſchlagen. Mit etwa 80 zu 60 Stimmen wurden die Mehrheitskandidaten gewählt. Jouhaux, Dumoulins, Laurant, Lapierre wurden mit 71 und Calveirach mit 77 Stimmen neuerdings zu Sekretären gewählt. An der Spitze der Gewerkſchaftskommiſſion ſtehen weiterhin Jouhaux und ſeine Mitarbeiter.

Mit 63 gegen 59 Stimmen bei 6 Enthaltungen wurde ferner ein Beſchluß, der die Haltung des aus Mehrheitsvertretern zuſammengeſetzten Eiſenbahnerbureaus billigt, angenommen. Aus dieſer Abſtimmung geht hervor, daß beide Parteien ſich im Ausſchuß faſt die Wage halten.

Bei den geſtrigen Wahlen des Verwaltungsausſchuſſes für das Bureau des Allgemeinen Arbeiterverbandes erklärten die Vertreter der Minderheitsrichtung, ſie würden das Verlangen des Allgemeinen Arbeiterverbandes nicht annehmen, gegen ihre Grundſätze zu arbeiten und für Ideen einzutreten, die ſie bekämpfen, und ſich dadurch mit den Taten, die begangen worden ſeien, ſolidariſch zu erklären. Die Vertreter der Mehrheit hätten beſchloſſen, die revolutionären Arbeiterausſchüſſe auszuſchließen. Darin wollten ſie ſie nicht unterſtützen, ſondern ſie daran hindern.

Entente-Intervention im griechiſch-türkiſchen Konflikt

Paris, 21. September.

Havas meldet aus Athen, in Regierungskreiſen fahre man fort, vollkommenes Stillſchweigen über die Art und Weiſe, in der die Friedensverhandlungen begonnen werden ſollen, zu bewahren. Der offiziöſen „Nea Imera“ zufolge iſt es ſicher, daß Griechenland nicht direkt mit den Kemaliſten verhandeln, ſondern die Friedensverhandlungen durch Vermittlung der Alliierten anbahnen wird, die die Bürgſchaft für die Durchführung des abzuſchließenden Vertrages übernehmen würden.

Gleichzeitig berichtet der Athener Korreſpondent der „Daily Mail“ ſeinem Blatte, die griechiſche Regierung habe der engliſchen Regierung ihre Friedensbedingungen übermittelt. Mag dieſe Meldung auch noch verfrüht ſein, ſo iſt es doch unzweifelhaft, daß jetzt, nach den wiederholten Mißerfolgen der Griechen, der Augenblick für das Eingreifen der Entente gegeben iſt. Nach Meldungen aus türkiſcher Quelle nähern ſich die kemaliſtiſchen Streitkräfte bereits wieder Eski-Schehir, das vor einigen Wochen unter großem Jubel von den Griechen erobert wurde. Man darf wohl annehmen, daß binnen kurzem ein Waffenſtillſtand die militäriſchen Operationen beendigen und die Einleitung der Friedensverhandlungen ermöglichen wird. Von Intereſſe wird dabei ſein, was aus dem Vertrag von Sèvres werden wird, dem Verſailler Friedensvertrag, der als erſter ſeine Unhaltbarkeit bewieſen hat.

Drohende Auflöſung der belgiſchen Kammer. Der belgiſche Senat nahm mit 58 zu 44 Stimmen einen Geſetzesvorſchlag an, der den Frauen bei Provinzialwahlen das Stimmrecht verleiht. Die Kammer hatte dieſen Vorſchlag bereits verworfen, ſo daß nunmehr ein Konflikt entſteht, der zur Auflöſung der Kammer führen kann.

Kongreß für Sexualreform

Internationale Tagung in Berlin

Vom 15. bis 19. September tagte in Berlin der erſte internationale Kongreß für Sexualreform auf ſexualwiſſenſchaftlicher Grundlage. Die Aufgabe des Kongreſſes war, in ſtreng wiſſenſchaftlichen Referaten zu zeigen, daß unſere heutige Sexualordnung großenteils auf falſchen Vorausſetzungen beruht und aus dieſer Erkenntnis der Sexualität für einige Gebiete des Sexuallebens praktiſche Folgerungen zu ziehen. Das Verdienſt, die Tagung zuſtande gebracht zu haben, gebührt Magnus Hirſchfeld, der den Kongreß mit einem Ueberblick über die Forſchungsergebniſſe der letzten Jahrzehnte eröffnete. An dem Kongreß nahmen Wiſſenſchaftler aus Italien, England, Rußland, Skandinavien, Holland, den Staaten des alten Oeſterreichs, ſüdamerikaniſchen Staaten uſw. teil.

Schon angeſichts des umfangreichen Programms mußte man befürchten, daß ſo viele Frage in einer Tagung nicht bewältigt werden können. Dieſes Gefühl hat leider nicht getrogen. So hoch das Niveau vieler Referate war, ſo hatte man ſich für einige Gebiete doch mit weniger tüchtigen Kräften begnügt. Ganz ſchlimm ſtand es zeitweiſe um die Debatte, für die viel zu wenig Zeit vorgeſehen war und die zum Teil unter aller Kritik war. Beſonders muß man ſich im Intereſſe ernſter Sexualforſcher und Bevölkerungspolitiker aufs ſchärfſte dagegen wenden, wenn eine kenntnisloſe Dame eine ſolche Tagung benutzt, um über Ehe und Kinderzeugung zu höhnen. Es gab auch andere Entgleiſungen in der Diskuſſion.

Die beiden erſten Vormittagsſitzungen waren der Bedeutung der inneren Sekretion und der Sexualwiſſenſchaft im allgemeinen gewidmet. Lipſchütz-Dorpat führte aus, daß ausſchlaggebend für alle Fragen der Sexualität die Geſchlechtsdrüſen ſeien; einen Beweis dafür, ob die inneren Sekrete dieſer Drüſen von dem ſamenbildenden Gewebe oder von dem Zwiſchengewebe erzeugt werden, gibt es bisher nicht. Demgegenüber betont Biedl-Prag, daß ſämtliche innerſekretoriſchen Organe in Abhängigkeit zueinander ſtehen und daß von der Vorherrſchaft einer Drüſe keine Rede ſein könne. In fraglichen Fällen ſei das Geſchlecht nicht nach den Geſchlechtsdrüſen, ſondern nach der Geſamtheit der körperlichen Merkmale, noch richtiger nach dem Willen der Perſon, zu entſcheiden; es gibt nicht den Nur-Mann und die Nur-Frau, ſondern ſtets die Miſchung aus beiden, nach der einen oder der andern Seite ſtärker tendierend. Im Gegenſatz zu Biedl und Lipſchütz betont Schwarz-Wien die pſychiſche Komponente der Sexualität; in einer Reihe von Fällen wird man die Sexualſtörungen mit Operationen und Organextrakten behandeln können; dort aber, wo ſie pſychiſch bedingt ſind, Ausdruck einer Neuroſe ſind, kann nur die ſeeliſche Behandlung Erfolg haben. Iſchlandsky-Moskau berichtet über Prof. Pawlows Verſuche an Tieren und ſeine Lehre von den bedingten Reflexen, durch die viele Handlungen als reiner Reflexvorgang auf eine beſtimmte Reizung erkannt ſind; auch die Liebe ſei ein Komplex bedingter Reflexe; die bedingten Reflexe ſeien ſtreng geſetzmäßig auslösbar; die Methode der bedingten Reflexe ſei zur weiteren Erforſchung des Sexuallebens hervorragend geeignet.

Frau Dr. Baerting verſucht die Pſychologie von Mann und Weib auf neue Grundlagen zu ſtellen; bei Völkern mit umgekehrter Arbeitsteilung der Geſchlechter ſeien die von uns für männlich gehaltenen Eigenſchaften bei den Frauen zu finden und umgekehrt; die ſogenannten männlichen Eigenſchaften ſeien ſtets bei dem herrſchenden Geſchlecht. Eine Reihe guter Referate unterrichtet über Einzelfragen der inneren Sekretion, der Steinachſchen Operation uſw.

Der Freitagabend war den Zuſammenhängen der Sexualität mit kulturellen und juriſtiſchen Fragen gewidmet. Ehrenfels-Prag führte aus, daß die beſte kulturelle Sexualmoral nicht mit der beſten eugeniſchen übereinſtimmt. Es werde ſtets ein Wechſel zwiſchen beiden beſtehen. Beide Forderungen einander zu nähern, ſei unſere Zukunftsaufgabe, die uns erſchwert werde, wenn wie bisher die Erforſchung ſexueller Fragen von weiten Kreiſen mit dem Vorwurf der Schamloſigkeit abgetan würde. Helene Stöcker-Berlin führte aus, daß die Erotik die Wurzel aller Liebe zu den Mitmenſchen und ſomit auch die Wurzel des Altruismus iſt; es iſt die innerlich reichſte Seele, die nicht eine egoiſtiſche Befriedigung ſucht, ſondern in ihr Glück das Glück der anderen einſchließt.

Juſtizrat Werthauer beſpricht die juriſtiſchen Fragen; die Ehe iſt ein Vertrag zwiſchen ſelbſtändigen Menſchen, der ebenſo wie er geſchloſſen auch müßte gelöſt werden können; die Gründe zur Scheidung gingen den Staat nichts an. Die Stellung der unehelichen Kinder könne man nicht mit kleinen Mitteln, ſondern nur durch eine radikale Reform der Ehe ändern. Bisher ſei, wie auch die neuen Geſetzesvorſchläge zeigen, die Sexualwiſſenſchaft der Geſetzgebung ſtets unterlegen, er hoffe aber doch auf Fortſchritte in der Zunkunft.

Am Sonnabend nachmittag beſchäftigte man ſich mit den Fragen der Geburtenregelung. Die Gründe für und gegen die Strafbarkeit der Abtreibung ſtellte in einem vorzüglichen Referat Juſtizrat Roſenthal-Breslau zuſammen. Die einen ſagen, die Frucht ſei von der Befruchtung an ein lebendes beſeeltes Weſen und muß deshalb geſchützt werden, die anderen ſagen, die Frucht ſei ein Teil der Mutter, die über ihren Körper frei verfügen kann. Beides ſei ſchließlich richtig. Die Befürchtung, bei Straffreiheit würde die Zahl der Fehlgeburten noch mehr ſteigen, wird von anderen als unbegründet bezeichnet. Es würde dann nur, was bisher heimlich geſchehe, offen geſchehen und damit das Leben vieler Frauen gerettet werden. Die Geſchlechtsmoral würde bei Straffreiheit nicht ſinken, ſondern ſteigen, weil nun nur gewollte Kinder in die Welt geſetzt würden. Roſenthal ſchlägt ein Kompromiß, ähnlich dem Antrag der Sozialdemokratie, vor. Rohleder-Leipzig beſpricht die Möglichkeit, kinderloſen Ehepaaren in geeigneten Fällen durch künſtliche Befruchtung zu Nachkommenſchaft zu verhelfen. Fraenkel-Berlin berichtet von Steriliſierungen mit Röntgenſtrahlen, die je nach der Doſierung dauernde oder nur zeitweiſe Unfruchtbarkeit herbeiführen, und führt aus, in welchen Fällen man davon Gebrauch machen ſolle. Knaack-Hamburg erklärt, daß entſcheidend für unſere Stellungnahme zur Geburtenregelung der bevölkerungspolitiſche Geſichtspunkt ſein muß, daß die Frage international geregelt werden muß, daß die wichtigſte Geburtenregelung die Empfängnisverhütung ſei und der künſtl. Abort die Ausnahme bilden müſſe.

Alle Redner ſind ſich darüber einig, daß die Bevölkerung vor übermäßigem Kinderzuwachs im Intereſſe der Aufzucht der bereits lebenden Kinder geſchützt werden muß. Es wurde nach lebhafter Debatte eine Reſolution angenommen, in der eine planmäßige Geburtenregelung mit dem Ziel körperlicher und geiſtigen Ertüchtigung des einzelnen wie der Geſamtheit gefordert wird. Als nächſtes Ziel iſt die Aufhebung aller Beſtimmungen, die den freien Verkehr mit Empfängnis verhütenden Mitteln erſchweren, und die Strafloſigkeit der von den Schwangeren gewollten Beſeitigung der Leibesfrucht zu erſtreben.

In einer anderen Reſolution wird eine Tagung von Sachverſtändigen zur Prüfung der Frage gefordert, ob bei Verbrechen aus entarteter Anlage und bei Geiſteskranken die Steriliſation mit Röntgenſtrahlen vorgenommen werden ſoll.

Aus der zum Teil recht oberflächlichen Diskuſſion ragen turmhoch die Leitſätze zur Verbeſſerung der geltenden Sexualordnung auf, die Ehrenfels-Prag vorträgt. Die Leitſätze werden einer Kommiſſion überwieſen. In ihnen wird mit der Auffaſſung gebrochen, daß es Sache des Staates ſei, ſexuelle Handlungen zu verbieten, bei denen Vergewaltigung und öffentliches Aergernis nicht vorliegen. Die Eheſcheidung ſoll durch bloße Willenserklärung ermöglicht werden. Niemand darf zur Duldung ſexueller Handlungen gezwungen werden.

Am Montag abend wurde über Sexualpädagogik verhandelt. Vorzüglich war das Referat von Kronfeld-Berlin über die Sexualität des Kindes. Bis zur Pupertät zeigt ſich eine Sexualität bei geſunden Kindern nur ſelten und ausnahmsweiſe. Mit der Pubertät tritt eine gewaltige Aenderung im Gefühlsleben des Kindes ein. Die ſo häufige Selbſtbefriedigung an ſich ſei nicht ſo gefährlich wie der Komplex aus Selbſtbefriedigung und Selbſtvorwürfen, der die Kinder ſchwer ſchädigen könne. Kronfeld fordert Aufklärung der Kinder. Der Arzt könne hierbei nur Berater ſein, Ausführender müſſe der Pädagoge ſein. Vorzüglich war auch das Referat Saalers-Berlin, der eine Sexualethik, die vom einzelnen Rückſicht auf die anderen verlangt, und eine entſprechende Sexualpädagogik fordert. Die Ausſicht auf Verwirklichung ſei leider gering, weil die Eltern nicht genügend vorgebildet ſeien, in Lehrerkreiſen wenig Verſtändnis vorhanden ſei und die Schulärzte daran kein Intereſſe hätten. Die ſexualpädagogiſchen Forderungen müßten mit der Forderung einer allgemeinen Schulreform verbunden werden. Dabei müßte auch die Koedukation verwirklicht werden. Es ſei nicht eine trockene Belehrung über Sexualfragen, ſondern ein gefühlsbetonter Unterricht mit der Erziehung zur Achtung vor dem Geſchlechtsleben nötig. Die übrigen Referenten des letzten Abends ſtanden auf dem Niveau einer gebildeten Abendunterhaltung, nicht auf dem einer wiſſenſchaftlichen Tagung.

Rückblickend muß man feſtſtellen, daß nur weniges ein einheitliches Geſamtbild gibt. Die Auffaſſungen und Beſtrebungen fallen auseinander. Es wird noch langer ernſter Arbeit bedürfen, bis aus hoffnungsvollen Anſätzen eine Frucht erblüht. Ein erſter Verſuch, die weite Oeffentlichkeit auf die jungen Ergebniſſe der Sexualforſchung und die aus ihr zu ziehenden Folgerungen aufmerkſam zu machen, iſt dieſer Kongreß geweſen.

Dr. Bruno Feilchenfeld

Die erſten Beamtenrätewahlen

Von Th. Kotzur

Die zwiſchen dem Deutſchen Beamtenbund, dem A. D. G. B. und dem Afa-Bund ſchwebenden Verhandlungen über ein Kartellverhältnis der drei Spitzenorganiſationen ſind noch in der Schwebe. Seit der letzten Ausſchußſitzung des A. D. G. B. iſt nichts mehr über ihren Stand berichtet worden. Die nachfolgende Darſtellung über die erſten Beamtenrätewahlen zeigt nun, daß zwiſchen dem Deutſchen Eiſenbahnerverband, der dem A. D. G. B. angehört, und der Reichsgewerkſchaft — zum Deutſchen Beamtenbund gehörig — außerordentlich tiefe Gegenſätze beſtehen. Darum haben auch die Vertreter der dem Deutſchen Verkehrsbund angeſchloſſenen freien Gewerkſchaften, von denen der D. E. V. die wichtigſte iſt, in der Sitzung des Bundesausſchuſſes gegen das Kartell geſtimmt. Daraus ergibt ſich, daß die Umſtände noch nicht reif ſind für den Kartellbeſchluß, und eine öffentliche Ausſprache darüber wird ſich kaum umgehen laſſen. Als Beitrag dazu ſowie zur Information über die erſten Beamtenausſchußwahlen drucken wir daher den uns angebotenen Artikel des rechtsſozialiſtiſchen Vorſtandsmitgliedes des D. E. V. gern ab.

Die neue in Weimar beſchloſſene Reichsverfaſſung beſtimmt im Artikel 130: „Die Beamten erhalten nach näherer reichsgeſetzlicher Beſtimmung beſondere Beamtenvertretungen."

Die Verfaſſung wurde bekanntlich am 11. Auguſt 1919 in Kraft geſetzt. Seitdem ſind mehr als 2 Jahre verſtrichen, und die Beamten warten noch immer auf die „beſonderen Beamtenvertretungen". Vielleicht werden ſie auch noch ſehr lange warten müſſen, denn der jetzt von dem Reichsminiſterium des Innern vorgelegte Geſetzentwurf iſt ſo mangelhaft und bringt alles andere, nur kein Mitbeſtimmungsrecht für die Beamten. Der Entwurf ſieht keine Beamtenräte, ſondern nur Beamtenausſchüſſe vor. Ueber zwei Paragraphen (13 und 40) haben ſich Reichsregierung und Reichsrat bisher noch nicht verſtändigen können. Der reaktionäre Reichsrat will nach § 13 nur 30 Jahre alte Beamte in den Hauptbeamtenausſchuß wählen laſſen, während die Regierung die Wählbarkeit ſchon mit 24 Jahren anerkennt. Der § 40 ſoll nach Meinung der Reichsregierung einen ſogenannten Oberausſchuß vorſehen, der in gemeinſamer Beratung mit der Regierung letztinſtanzliche Entſcheidungen fällen kann. Dagegen wendet ſich der Reichsrat mit der Behauptung, dieſe Einrichtung ſei verfaſſungswidrig.

Dieſe wenigen Bemerkungen mögen zeigen, daß es die Regierung bisher gar nicht eilig gehabt hat, eine für die Beamten getroffene Verfaſſungsbeſtimmung durchzuführen. Man kann ſich des Eindrucks nicht erwehren, daß Regierung und Reichsrat es darauf abgeſehen haben, mit der Durchführung des Artikels 130 der Reichsverfaſſung ſolange zu warten, bis eine reaktionäre Regierung ans Ruder kommt, die es dann überhaupt unterläßt, geſetzliche Beamtenvertretungen zu ſchaffen.

Die zögernde Haltung der Regierung und die beſonderen Verhältniſſe im Reichseiſenbahnbetrieb haben die gewerkſchaftlichen Organiſationen der Eiſenbahner veranlaßt, der geſetzlichen Regelung vorzugreifen. Der Reichsverkehrsminiſter hat ſich den Forderungen ſeines Perſonals nicht verſchließen können und am 7. Mai 1921 eine Verordnung erlaſſen, in der es heißt:

> „Je mehr ſich die nach Artikel 130 der Reichsverfaſſung vorgeſchriebene reichsgeſetzliche Beſtimmung beſonderer Beamtenvertretungen verzögerte, um ſo dringender wurden die mir aus allen Teilen des Perſonals und des Reiches zugehenden Wünſche nach einer vorläufigen einheitlichen Regelung. **In der Tat hat die Fortdauer des bisherigen Zuſtandes unerträgliche Schwierigkeiten zur Folge.** Die aus den ehemaligen Länderverwaltungen ſtammenden Verſchiedenheiten führen fortgeſetzt zu begründeten Berufungen. **Die einheitliche Neuregelung iſt ein gemeinſames Gebot für Verwaltung und Beamtenſchaft.**"

Die Begründung des Reichsverkehrsminiſters iſt außerordentlich intereſſant. Sie ſpricht aus, daß das Perſonal im ganzen Lande Beamtenräte forderte und daß dieſer berechtigten Forderung nachgegeben werden mußte, weil die beſonderen Verhältniſſe innerhalb des Reichseiſenbahnbetriebes dies gebieteriſch verlangten. Aber noch etwas anderes iſt aus der Begründung zu entnehmen, nämlich, daß der Reichsverkehrsminiſter offenbar verſucht hat, die Durchführung des Beamtenrätegeſetzes im Reichskabinett zu beſchleunigen. Wenn er damit keinen Erfolg gehabt hat, ſo läßt ſich daraus die Schlußfolgerung ziehen, daß in der Tat die von uns angedeuteten Gründe für das Verhalten der Reichsregierung maßgebend ſind.

Die bereits erwähnte Verordnung des Reichsverkehrsminiſters iſt jetzt zur praktiſchen Anwendung gekommen, und die darin vorgeſehenen Beamtenrätewahlen haben am 6. und 7. September d. J. ſtatgefunden. Das endgültige Wahlreſultat liegt zur Stunde noch nicht vor. Aber aus den bis jetzt eingelaufenen Teilreſultaten laſſen ſich ganz beſtimmte Schlüſſe über die gewerkſchaftliche Entwickelung der Eiſenbahnbeamten ziehen. Nachſtehend geben wir zunächſt eine nach Bezirken geordnete

Ueberſicht über die abgegebenen Stimmen.

Bezirk	Deutſcher Eiſenb.-Verb.	Reichsgew. d. Eiſenb.	Gew. d. Eiſenbahnbed.	Allg. Eiſenb.-Verb.
Altona . . .	2 625	8 904	1 964	18
Berlin . . .	2 903	17 641	2 401	690
Breslau . . .	1 987	11 276	5 133	98
Kaſſel . . .	2 000	12 000	2 500	—
Köln . . .	1 298	11 941	5 667	88
Elberfeld . .	1 509	10 705	4 000	168
Erfurt . . .	751	11 477	1 456	147
Eſſen	2 080	14 720	7 672	211
Frankfurt . .	1 530	8 388	1 434	386
Halle (Saale)	2 776	12 028	2 055	234
Hannover . .	3 538	14 953	1 992	352
Königsberg .	801	10 479	1 032	132
Magdeburg .	2 380	8 000	1 300	71
Mainz . . .	2 197	8 167	2 351	22
Münſter . .	881	8 051	2 007	16
Oſten	557	10 293	1 206	85
Stettin . . .	810	10 592	1 630	44
Trier	660	4 145	1 622	—
Nordbayern .	2 224	2 137	3 620	—
Südbayern .	3 642	6 328	8 477	—
Pfalz	1 100	1 900	1 800	—
Sachſen . . .	18 327	12 440	6 275	—
Baden . . .	3 400	10 900	3 960	—
Württemberg .	1 896	5 180	8 353	—
Oldenburg . .	601	2 709	133	—
Mecklenburg .	282	3 971	99	—
	62 735	239 325	80 139	2 762

Nach dieſer Aufſtellung haben alſo erhalten:

Deutſcher Eiſenbahner-Verband	62 735	Stimmen
Reichsgewerkſchaft Deutſcher Eiſenbahnbeamten- und Anwärter	239 325	"
Gewerkſchaft Deutſcher Eiſenbahner- und Staatsbedienſteter (chriſtlich)	80 139	"
Allgemeiner Eiſenbahner-Verband	2 762	"

Die Reichsgewerkſchaft der Eiſenbahnbeamten hat bisher immer behauptet, ſie ſei die eigentliche Vertretung der Eiſenbahnbeamten, während die übrigen Organiſationen „Arbeitergewerkſchaften" ſeien. Nun iſt es ſicher nicht ohne Intereſſe, feſtzuſtellen, daß die ſogenannte Beamtengewerkſchaft 239 000 Stimmen erhalten hat, während die angeblichen Arbeitergewerkſchaften es auf bereits 145 000 Stimmen brachten. Wir ſind der Meinung, daß 145 000 Beamte doch ſicher eine Zahl repräſentieren, mit der in wirtſchaftlichen Kämpfen ernſthaft zu rechnen iſt. Dieſe Zahl wird aber um ſo wervoller, wenn wir uns vor Augen führen, daß ſie das Ergebnis einer zweijährigen Agitationsarbeit iſt. Der Deutſche Eiſenbahner-Verband als die freigewerkſchaftliche Organiſation des Eiſenbahnperſonals hat 62 000 Beamte zu verzeichnen. Wer die großen Schwierigkeiten kennt, die ganz beſonders der Deutſche Eiſenbahner-Verband bei ſeiner Beamtenagitation zu überwinden hat, der wird mit der bisherigen Entwickelung durchaus zufrieden ſein. Vor allen Dingen iſt es Sachſen, das mit ſeinen 18 327 Stimmen für den Deutſchen Eiſenbahner-Verband zu den ſchönſten Hoffnungen berechtigt. In zäher und raſtloſer Kleinarbeit wird und muß es gelingen, auch in den übrigen Bezirken ähnliche Verhältniſſe herbeizuführen. Leider haben in der Unterſtützung der freigewerkſchaftlichen Organiſation auch die Kreiſe verſagt, auf die in allererſter Linie gerechnet werden mußte. Es iſt vorgekommen, daß ſozialdemokratiſche Blätter von Funktionären des Deutſchen Eiſenbahner-Verbandes verfaßte Artikel zurückgewieſen haben, weil ſie ſich angeblich nicht in den „Streit zwiſchen Arbeiter und Beamte" miſchen wollten. Ja ſelbſt führende Kreiſe des Allgemeinen Deutſchen Gewerkſchaftsbundes haben — ſicher ungewollt — der maßloſen Hetze, wie ſie von der Reichsgewerkſchaft im Wahlkampf betrieben worden iſt, Vorſchub geleiſtet. Der Wahlkampf iſt ſeitens der Reichsgewerkſchaft als ein Verleumdungsfeldzug gegen die freie Gewerkſchaftsbewegung betrachtet worden. In Flugſchriften, Bilderbogen und den zur Verfügung ſtehenden Zeitſchriften wurde ein Lügengewebe wie nie zuvor über die Eiſenbahner ausgebreitet. Dazu kam der Mißbrauch des amtlichen Apparats für Wahlzwecke und der Terror durch zahlreiche zur Reichsgewerkſchaft gehörende Vorgeſetzte. Ja ſelbſt die Auszählung der abgegebenen Stimmzettel mußte zur Schwächung des verhaßten Gegners dienen, indem unter falſcher Auslegung der Wahlvorſchriften in den Dienſtſtellen die für den D. E. V. abgegebenen Stimmen für ungültig erklärt wurden, wenn kein örtlicher Wahlvorſchlag vorlag. Daß die Stimmen in ſolchem Falle für den Bezirks- bzw. Hauptbeamtenrat abgegeben waren, kümmerte die zur Reichsgewerkſchaft gehörenden Wahlvorſteher nicht. Aus den angeführten Gründen ſind nach vorſichtiger Schätzung dem Deutſchen Eiſenbahner-Verband diesmal mindeſtens 20 000 Stimmen verloren gegangen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die nächſten Wahlen ein anderes Ergebnis zeitigen werden. Feſt ſteht auf jeden Fall, daß die freigewerkſchaftliche Beamtenbewegung unaufhaltſam fortſchreitet und daß der Deutſche Eiſenbahner-Verband mit ſeiner Gewerkſchaftsarbeit auf dem durchaus richtigen Wege iſt.

„Neweſle" (Jüdiſches Künſtlertheater). Viele Gedanken macht dieſes Drama, dieſe Kunſt, machen dieſe Schauſpieler.

Das Stück iſt ein echtes Proletarierſtück, ein Drama aus Elend, Not und Tod, aus Schickſal verachteter, ſchuldloſer Menſchen und aus Herz und Streben nach Beſſerem, nach Licht, Luft, Reinheit und Reinlichkeit, iſt weit eher Proletarierkunſt als alle Stücke, die „revolutionär" und jugendlich ſchreien und kochen.

Das hier iſt Revolution und ſchreit nach Revolution.

Erſtes Bild: Kellerwohnung, dumpf und furchtbar. Bewohnt vom alten Säufer Abruſch, der in zweiter zerrütteter Ehe lebt. Hier leben auch Mendel und Raiſel. Mendel, der Sohn aus erſter Ehe, die „Neweſle", zu deutſch Abdecker, der Schinder, liebt Raiſel, ſeine Stiefſchweſter, ein ſtrammes, echtes Nichtstuer-Mädel, die aber den Fleiſcher Berl, der ihr ſchöne Geſchenke machen kann, und der ſauber und adrett ausſieht, natürlich vorzieht.

Zweites Bild: Nechamele, die Tochter aus erſter Ehe, geſittet und fein, der Traum und der Glanz des alten Säufers, kommt in die Kellerwohnung, um Mendel zur kranken Mutter zu bitten.

Drittes Bild: Mendel, halbidiotiſch und zerlumpt, aber innerlich zärtlich und ſehnſüchtig, kommt ſcheu zur Mutter, in die bürgerlich gepflegte Wohnung. Er hat Angſt zu atmen, ſo überfällt ihn die Scham. Das ſchuldige Geſchick wird ihm klar und hell, er ſchäumt über, bringt auch hier Verwirrung und Schrecken und flieht endlich, wie ein elendes, zerſchundenes Tier. Wer iſt ſein Schinder? Wer hat ihm das Fell des Glückes abgezogen? Wer, wer!

Das vierte Bild iſt voller Muſik des Elends. Der Schinder kommt, halb irre, und macht ſich fein für Raiſel, die aber mit ihrem Liebſten bereits geflohen iſt. Aber tauſend Gedanken, Wirklichkeiten machen ihn vollends verrückt, und als er, ſich ein wenig beſinnend, den Vater im Traum-Suff eine rührende Synagogenmelodie ächzen hört, da ſchlägt er ihn mit einem einzigen Fauſtſchlag nieder. Kein Laut, kein zur Beſinnung-Kommen: die Muſik des Synagogenliedes durchflutet den bangen Raum: „Aus der Bedrängnis ruf' ich Jah."

Das Stück iſt nicht beſſer und nicht ſchlechter als ein Hauptmannſches Volksſtück, ein echtes ſchwergeladenes Volksſtück, das überall und in jedem Idiom wirken würde. Es ſind eben viele Welten in der Kunſt, höhere und niedere. Dieſe hier iſt eine niedere, weil ſie das Reich des Elends und der Not bedeutet. Aber beim Juden iſt die Sache noch verwickelter: ſein Geſchick iſt alt, uralt, auch in der verkommenſten Seele lebt hohe unendliche Religion, ruft es aus Bedrängnis des Gemütes Jehovah an. Und dieſe Luft macht, daß wir atemlos dem Geſchick dieſer Perſonen lauſchen. Die zwei Spielſtunden werden zur Minute.

Asro, der den Schinder gab, ſpielte meiſterhaft, weit beſſer als in der „Verwünſchten Schenke". Gott und Schickſal laſten auf dieſem Menſchen, man vergißt Bühne und Schauſpiel. Die raſch bekannt gewordene Alomis gab hier eine Carmenfigur aus dem Kellerloch. Sie unterſtrich zu ſehr, gähnte und reckte ſich künſtlich uſw. Der alte Säufer des Herrn Schneiur iſt eine Prachtleiſtung (die verkrampfte Hand im Tode, als plötzlich ohne Uebergang zwei Welten ſich ſcheiden), und auch die „erſte Ehe" war gut beſetzt. — Warum hat ſich der ausgezeichnete Regiſſeur David Hermann nicht gezeigt? — Der hochbegabte Dramatiker, der viel gelernt hat und viel kann, heißt Peresz Hirſchbein.

Arno Nadel

Verbot des „Reichsboten" im beſetzten Gebiet. Der „Reichsbote" iſt im beſetzten Gebiet auf drei Monate verboten worden. Veranlaſſung zu dieſem Verbote gab ein Artikel: „Die Franzoſenſchande am Rhein. Ein Hohn auf alle Sittlichkeits- und Menſchheitsbegriffe."

Aufgehobenes Zeitungsverbot. Der Staatskommiſſar für München Stadt und Land, hat das Verbot der Wochenſchrift „Heimatland" heute aufgehoben.

Der Streik in Nordfrankreich

Ende des Solidaritätsſtreiks

Paris, 22. September.

„Wie der „Petit Pariſien" aus Roubaix meldet, haben geſtern große Verſammlungen der Streikenden ſtattgefunden, in denen über die Lage Bericht erſtattet wurde. Von einem Mitglied des Streikausſchuſſes wurde dem „Petit Pariſien" erklärt, daß der Generalſtreik tatſächlich zu Ende ſei. Es bliebe nur noch übrig, dieſen Beſchluß des Streikausſchuſſes durch eine Verſammlung der Ausſtändigen beſtätigen zu laſſen. Von morgen an werden daher nur noch die Verbände, deren Arbeitsbedingungen ſtreitig ſeien, den Ausſtand fortſetzen, wie Textilarbeiter, ein Teil der Metall-, Bauarbeiter und ein Teil der Transportarbeiter. Die anderen, die nur aus Solidarität geſtreikt hatten, werden heute die Arbeit wieder aufnehmen.

Es hätte keinen Zweck, zu leugnen, daß dieſes der Zuſammenbruch der ganzen Streikbewegung iſt. Der Sympathieſtreik war von vornherein zur Erfolgloſigkeit verurteilt, weil das Unternehmertum den innerlich zerriſſenen und durch die kommuniſtiſche Bewegung geſchwächten Gewerkſchaften überlegen iſt. Es brannte ohnehin darauf, der Arbeiterſchaft dieſe Schlacht zu liefern. Der Solidaritätsſtreik hat darum den Schaden nur vergrößert. Sein Abbruch hat den Zweck, die Truppen aus dem Gefecht zu ziehen, die im Kampfe nur leiden, ohne daß ihr Opfermut den unmittelbar Beteiligten helfen könnte. Die Streikenden aber werden ſich ſchließlich mit dem begnügen müſſen, was die Unternehmer ihnen gutwillig geben. Das iſt ziemlich ſicher vorauszuſehen. Die Regierung ſcheint ihre Vermittlungsaktion aufgegeben zu haben.

Flugzeugunglück in Rumänien

D.A. Budapeſt, 22. September.

Aus Bukareſt wird gemeldet: Auf dem Flugplatz von Braſſo (Rumänien) ereignete ſich ein ſchweres Unglück. Als ein Bombengeſchwader von fünf Flugzeugen aufſteigen wollte, um einen Uebungsflug zu machen, explodierte durch eine frühzeitig losgegangene Bombe die geſamte Munition der Flugzeuge. Alle Apparate wurden zerſtört. Ein Offizier und zehn Mann wurden getötet.

Die Sozialdemokratiſche Arbeiterpartei Deutſchöſterreichs beruft auf Samstag, den 29. Oktober, ihren ordentlichen Parteitag nach Graz ein. Als beſondere Behandlungspunkte ſtehen auf der von der Parteileitung vorgeſchlagenen Tagesordnung: Die Weltlage des Sozialismus und unſere nächſten Aufgaben; die wirtſchaftliche Lage und die Finanzpolitik der Republik; die Internationale Arbeitsgemeinſchaft ſozialiſtiſcher Parteien.

Die Kandidaten der USP. zur Stadtverordnetenwahl

Stadtwahlvorſchlag

der Unabhängigen Sozialdemokratiſchen Partei Deutſchlands: Dr. Hermann Weyl.

Karl Leid, Bürgermeiſter; Wilhelm Dittmann, Parteiſekretär; Dr. Siegfried Weinberg, Rechtsanwalt; Karl Detmer, Stukkateur; Karl Bublitz, Geſchäftsführer; Dr. Julius Moſes, Arzt; Emil Kuchenbecker, Rektor; Ernſt Teſchke, Gewerkſchaftsangeſtellter; Dr. Koelitz, Nahrungsmitteltechniker; Johann Baron, Straßenbahner; Ottilie Gerndt; Richard Eggert, Lehrer; Waldeck Manaſſe, Schriftſteller; Max Freigang, Tiſchler; Emil Lüdtke, Stadtrat; Arthur Dahlke, Redakteur; Max Richter, Dreher; Guſtav Tempel, Gaſtwirt.

Kreiswahlvorſchlag:

Im Wahlkreis 1: Dr. Hermann Weyl, Frau Weyl, Dr. Siegfried Weinberg, Juſtin Braun, Gronwald.

Im Wahlkreis 2: Fritz Zimmermann, Alfred Pärſch, Herm. Claſus, Ernſt Fritze, Alfred Krüger.

Im Wahlkreis 3: Max Urich, Bruno Krauſe, Berta Lungwitz, Fritz Kreienbrink, Kloſe.

Im Wahlkreis 4: Karl Bötzer, Richard Herbſt, Lisbeth Zern, Hermann Müller, Eduard Zachert.

Im Wahlkreis 5: Martha Demmning, Agnes Fahrenwald, Otto Felzer, Heinrich Müncheberg, Chriſtian Gutekunſt.

Im Wahlkreis 6: Fritz Zubeil, G. Häuſer, Hermann Schweitzardt, Gottfried Schulz, Frau Jakobowsky.

Im Wahlkreis 7: Dr. Kurt Löwenſtein, Dr. Paul Hertz, Otto Schmidt, Paul Will, Siegfried Czarlinski.

Im Wahlkreis 8: Max Reichert, Richard Eggert, Willi Bergemann, Adolf Guth, Paul Wagner.

Im Wahlkreis 9: Karl Scholz, Martin Clauß, Maria Roſenbaum, Wilhelm Hoffmann, Gottlieb Hetz.

Im Wahlkreis 10: Georg Richter, Wilhelm Alfermann, Dr. Edmund Koelitz, Emil Kuchenbecker, Gottlieb Frach.

Im Wahlkreis 11: Georg Wendt, Ernſt Wilberg, Blank, Guſtav Hoffmann.

Im Wahlkreis 12: Hermann Harniſch, Albert Regge, Hermann Radike, Arthur Bormann, Willi Großmann.

Im Wahlkreis 13: Wilhelm Reimann, Guſtav Straube, Fritz Beſſen, Franz Mohr, Paul Becker.

Im Wahlkreis 14: Fritz Thurm, Franz Stimming, Willi Klüſener, Guſtav Tempel, Leopold Jünemann.

Im Wahlkreis 15: Hermann Amberg, Auguſt Schmidt, Max Thiele, Georg Jüttner, Hermann Behrendt.

Infolge Raummangels müſſen wir darauf verzichten, alle aufgeſtellten Kandidaten aufzuführen, daher ſind in vorſtehender Aufſtellung nur die Spitzenkandidaten genannt worden. Insbeſondere konnten die Vorſchläge zu den Bezirksverſammlungen nicht veröffentlicht werden.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg, U. S. P. D.

SPD. und Arbeiterfrage

Wir berichteten bei Abſchluß des eintägigen Streiks der Angeſtellten der ſtädtiſchen Elektrizitätswerke und des Oſthafens, daß dieſer ſo tief in das Wirtſchaftsleben Berlins eingreifende Streik durch die Schuld des Magiſtrats herbeigeführt worden iſt.

Es war bekannt geworden, daß die entſcheidende Abſtimmung im Magiſtrat, die zur Ablehnung des verbindlich erklärten Schiedsſpruchs führte, die Mehrheit von nur einer Stimme ergab. Dieſes Reſultat ergab ſich durch die ablehnende Haltung von S. P. D.-Magiſtratsmitgliedern. Dieſe Stellungnahme der S. P. D. im Magiſtrat hat nicht nur bei den Arbeitern und Angeſtellten Befremden erregt, ſondern auch in der rechtsſozialiſtiſchen Parteiorganiſation fand dieſes Verhalten allgemeine Mißbilligung. Das veranlaßt nun den Stadtrat Poetſch in einem Artikel in der Mittwochnummer des „Vorwärts" zu verſuchen, die Haltung ſeiner Freunde im Magiſtrat zu rechtfertigen.

Ausgerechnet Poetſch, der ſelbſt viele Jahre Gewerkſchaftsführer war, macht ſich zum Verteidiger der Haltung des Magiſtrats in dieſer Angelegenheit. Hat doch ſelbſt der Reichsarbeitsminiſter ebenſo wie der preußiſche Handelsminiſter die Stellungnahme des Magiſtrats als unhaltbar zurückgewieſen.

Dieſe Stellungnahme der Mehrheit im Magiſtrat, die von dem „Herrn-im-Hauſe-Standpunkt" diktiert war, erfährt ihre beſondere Kennzeichnung dadurch, daß die rechtsſozialiſtiſchen Stadträte ſich auch in Widerſpruch mit der Stadtverordnetenfraktion der S. P. D. befunden haben. Die S. P. D.-Fraktion hatte gemeinſam mit unſeren Genoſſen einen Antrag bei der Stadtverordnetenverſammlung eingebracht, wonach dem Magiſtrat aufgegeben wurde, dem berechtigten Verlangen der Angeſtellten nach Abſchluß eines Tarifvertrages entſprechend dem Schiedsſpruch Rechnung zu tragen.

Nach der bisherigen Art der Behandlung der Arbeiterfragen durch die S. P. D. muß man annehmen, daß die Haltung der rechtsſozialiſtiſchen Stadtverordnetenfraktion nur mit Rückſicht auf die bevorſtehenden Neuwahlen eingenommen worden iſt.

Die Berliner Gemeindewähler werden auf ſolche Verdeckungsmanöver nicht hereinfallen, ſie werden an die Behandlung der Arbeiterfragen durch die S. P. D. denken, und ihr am 16. Oktober die entſprechende Antwort geben.

*

Vom Bund der techniſchen Angeſtellten und Beamten wird uns geſchrieben: In der Morgenausgabe des „Vorwärts" vom 21. 9. verſucht Herr Stadtrat Hugo Pötzſch den Standpunkt der Mehrheit des Magiſtrats zu verteidigen gegenüber den Angriffen der Stadtverordnetenverſammlung und der Preſſe in der Frage des Tarifvertrages für die Angeſtellten der ſtädtiſchen Elektrizitätswerke, Gaswerke und der Häfen. Aus der Abhandlung des Herrn Pötzſch geht zunächſt einmal hervor, daß er noch immer nicht begriffen hat, um was es ſich eigentlich bei dieſem Streik handelte. Zunächſt einmal iſt daran feſtzuhalten, daß für die Arbeitnehmerſchaft des Magiſtrats genau ſo gut wie für die Arbeitnehmerſchaft privatinduſtrieller Unternehmungen eine klare und geſunde Rechtsbaſis zu fordern iſt. Es iſt aber eine vollkommene Verkennung der Sachlage, wenn Herr Pötzſch glaubt, daß der Magiſtrat auch nur die Abſicht gehabt hätte, den Werksangeſtellten eine ſolche Rechtsbaſis zu geben. Der Magiſtrat hat nämlich niemals bei den Verhandlungen in der Tarifdeputation, vor dem Schlichtungsausſchuß und vor dem Demobilmachungskommiſſar auch nur mit einem Worte ſeinen unzweideutigen Willen zum Ausdruck gebracht, daß er die Werksangeſtellten in das Beamtenverhältnis überführen wolle. Er hat vielmehr ſtets erklärt, daß er lediglich beabſichtige, dieſe Perſonen als „Dauerangeſtellte" zu betrachten und deswegen „keinen Tarifvertrag" mehr abſchließen zu wollen. Das bedeutet aber etwas ganz anderes. Den Dauerangeſtellten ſteht nicht das Beamtenrecht zur Seite, ſondern lediglich einige Beſtimmungen des Pr. Geſetzes vom 8. 7. 20, die ihre Entlohnung nach den Grundſätzen der Beamtenbeſoldung regeln. Ueber die ſoziale und rechtliche Stellung dieſer Art von Angeſtellten iſt in dem ganzen Geſetze kein Wort enthalten. Das iſt der Kernpunkt der ganzen Streitfrage. Dazu kommt noch, daß der Magiſtrat in den zurückliegenden fünf Monaten auch noch nicht den leiſeſten Verſuch gemacht hatte, den im Geſetz vom 8. 7. 20 zwingend vorgeſchriebenen „Gemeindebeſchluß" herbeizuführen. Es hätten alſo, wenn der Abſchluß eines Tarifvertrages nicht erzwungen worden wäre, überhaupt keine rechtlichen Grundlagen für das Anſtellungsverhältnis der in Betracht kommenden Angeſtelltengruppe beſtanden. Die Frage der Entlohnung ſpielt hierbei eine ganz untergeordnete Rolle. Es iſt zum mindeſten ſehr eigenartig, daß die Mitglieder des Magiſtrats über dieſe Grundfragen ſo wenig informiert waren, trotzdem der mit Magiſtratsbeiſitzern beſetzte Sonderſchlichtungsausſchuß nach mehrſtündiger Beratung einſtimmig entſchieden hat, daß bei der in vorſtehenden Ausführungen kurz gekennzeichneten Sachlage ein Tarifvertrag unbedingt abzuſchließen iſt. Die Stadträte hätten doch wohl etwas ſtutzig werden müſſen über dieſen Schiedsſpruch und ſeine Begründung.

Aber geradezu unverſtändlich iſt es, wie ſozialiſtiſche Stadträte und Freigewerkſchaftler es fertig bringen konnten, den Spruch des Demobilmachungskommiſſars, der die Verbindlicherklärung des bekannten Schiedsſpruches ausſprach, auch noch abzulehnen. Das bedeutete allerdings einen Schlag ins Geſicht nicht nur für die Angeſtelltenſchaft, die im Tarifkampf ſtand, ſondern auch für die Gewerkſchaften ſelber, die mit allen Mitteln darauf halten, daß in der Privatinduſtrie die Sprüche des Demobilmachungskommiſſars und die Schiedsſprüche des Schlichtungsausſchuſſes durchzuführen ſind. Wenn der Magiſtrat der Stadt Berlin es fertig bringt, eine Verbindlicherklärung abzulehnen, wie ſoll man dann dem „Verband Berliner Metallinduſtrieller" noch einen Vorwurf machen können.

Das Elend eines einzigen Tages . . .

Die 68 Jahre alte Rentenempfängerin Auguſte K. hat ſich geſtern an einer Türklinke in ihrer Wohnung in der Hochſtraße erhängt. Dauernde Krankheit hat ſie in den Tod getrieben. — Vor dem Grundſtück Schiffbauerdamm 4 wurde geſtern die Leiche eines etwa 35jährigen Mannes aus der Spree gelandet und dem Schauhauſe zugeführt. Der Unbekannte trug ſchlichte Arbeiterkleidung. — In ſeiner Wohnung in der Joachimsthaler Straße hat ſich geſtern morgen an der Küchentür der 52 Jahre alte ledige Buchbindermeiſter Paul Sch. erhängt. Zerrüttete Familienverhältniſſe ſollen ihn zu dem Schritt getrieben haben. — Am Alexander-Ufer landete man geſtern die Leiche eines etwa 30jährigen Mannes aus der Spree, bei der man keinerlei Papiere fand. Der unbekannte Tote wurde dem Schauhauſe übergeben. — Im Jagen 98 im Grunewald wurde geſtern vormittag der 37 Jahre alte Kaufmann Karl Binder aus Leipzig tot aufgefunden. Er hatte ſeinem Leben durch einen Schuß in die rechte Schläfe ein Ende gemacht. Eine Piſtole mit 40 Schuß Munition wurde polizeilich beſchlagnahmt.

Jugendweihe. Sonntag, den 25. September, vormittags 11 Uhr, findet im Großen Schauſpielhauſe die letzte Herbſt-Jugendweihe für Charlottenburg, Moabit, den 10. Diſtrikt und die Vororte ſtatt. Eine kleine Zahl Gaſtkarten à 3,50 M. ſind noch im Bureau der Arbeiterbildungsſchule, Breite Straße 8—9, zu haben.

Gewerkſchaftliches

Niederlage der Kommuniſten in Spanien

Unſer Berichterſtatter aus Madrid ſchreibt uns:

Die Kommuniſten haben zwei neue Schlappen erlitten. Bei den Delegiertenwahlen zum Spaniſchen graphiſchen Bundeskongreß in Madrid erhielt die **Amſterdamer Liſte 302**, die kommuniſtiſche Liſte aber nur 85 Stimmen. Zum andern hat der ſoeben begründete Nationale Bauarbeiterbund auf ſeinem Kongreß in Madrid nach langer erregter Ausſprache mit **16 361** gegen 8 368 Stimmen beſchloſſen, ſich nicht Moskau, ſondern der Generalunion der Arbeiter, welche der Gewerkſchaftsinternationale angegliedert iſt, anzuſchließen.

Dieſe klare Abſage an den Bolſchewismus hindert jedoch ebenſo wenig wie die ſchwere Arbeitskriſis und die tauſend Schwierigkeiten der Stunde die Arbeiterklaſſe Spaniens, dem hungernden ruſſiſchen Proletariat ſein Solidaritätsgefühl zu beweiſen. Als erſte Gabe ſind 7000 Peſetas an die ruſſiſchen Arbeiter abgeſandt worden.

*

Der Streik in Bilbao iſt beendet. Weitere Nachrichten über Urſprung und Folgen dieſer Bewegung können erſt in einigen Tagen, wenn die Behörden aufgehört haben werden, gegen die Streikenden zu wüten, mitgeteilt werden.

An die Maler Berlins

Uns wird geſchrieben:

Nachdem die kommuniſtiſchen Parolen in unſerer Organiſation keinen Boden gefunden haben und trotz aller entgegengeſetzten Mühewaltung der Moskaujünger der Verband von Tag zu Tag erſtarkt, glaubt man nun endlich eine zugkräftige Parole gefunden zu haben, um der Organiſation nud vor allen Dingen den „Bonzen" eins auszuwiſchen.

Die „Rote Fahne" vom Mittwoch, den 21. September 1921, bringt einen Aufruf an die Maler und Lackierer, der von Verleumdungen gegen die Organiſation nur ſo wimmelt, und ſtellt u. a. feſt,

> „daß die in der Filiale Berlin des Verbandes der Maler angeſtellten 4 Hauskaſſierer nicht ſo viel Beiträge kaſſieren, als ihr Gehalt beträgt, nämlich 67 223 M."

Wir haben ſofort der „Roten Fahne" eine Berichtigung zugehen laſſen, worin wir, ohne auf die übrigen Unrichtigkeiten weiter einzugehen, nur feſtſtellen, daß die Hauskaſſierer im Jahre 1920 bei einem Beitrag von 2 M. bis zur 18. Woche und 3,50 M. ab 19. Woche über 350 000 M. kaſſiert haben. Da der jetzige Beitrag aber 5,50 M. beträgt, erhöht ſich nach unſerer Schätzung die Summe auf etwa das Doppelte.

Wenn nach der kommuniſtiſchen Darſtellung die Organiſation im Jahre 1920 mehr Geld ausgegeben hätte für die Hauskaſſierung, als ſie durch dieſelbe eingenommen hat, ſo wäre es naturgemäß nicht möglich geweſen, die von der Vorkriegszeit her noch beſtehende größere Schuldenlaſt bei der Hauptkaſſe reſtlos abzuzahlen und außerdem ein ſehr beträchtliches Vermögen als Kampffonds anzuſparen. Jedem auch nur ſehr flüchtigen Leſer unſeres Jahresberichtes von 1920 muß dieſe erfreuliche Tatſache in die Augen fallen, doch ohne ſich zu informieren, wird nach Moskauer Anweiſung kühn drauf los verleumdet in der Auffaſſung, daß ja doch immer etwas hängen bleibt.

Um aber alle dieſe fauſtdicken Lügen und das organiſationsſchädigende Treiben ein für allemal unmöglich zu machen, iſt es Pflicht aller Kollegen, die an der Erſtarkung der Organiſation und Geſchloſſenheit derſelben Intereſſe haben, an der heute im Gewerkſchaftshaus ſtattfindenden Verſammlung teilzunehmen.

Steuern und Beamte

Am 20. September beſchäftigten ſich die Beamten in einer vom Provinzialkartell des Deutſchen Beamtenbundes einberufenen Verſammlung im „Lehrervereinshaus" mit dem Thema: „Wie wirkt die neue Steuergeſetzgebung auf die Lebenshaltung der Beamten?" Dr. Potthoff-München legte in ausführlicher Weiſe dar, daß die bisherigen Erhöhungen des Gehaltes keine Beſſerung der Lebenshaltung mit ſich brachten, ſondern nur eine neue Erhöhung der Preiſe aller Lebensmittel und Bedarfsartikel hervorriefen. Die Steuern, die der Staat zur Erfüllung der Reparationspflichten notwendig braucht, ſind bis jetzt nur von den Lohn- und Gehaltsempfängern aufgebracht worden. Reichsnotopfer, Vermögensſteuer, haben keine weſentliche Einnahme gebracht. Die indirekten Steuern ſind aber auf die Schultern der Konſumenten abgeſchoben worden. Auch die neuen Steuern ſind nach den Vorlagen völlig unzulänglich und werden auch von der Arbeiterſchaft getragen werden. Notwendig iſt die Erfaſſung der Werte in Natura. Es muß vor allen Dingen der Wertunterſchied zwiſchen den Goldwerten und den Papierwerten erfaßt werden, beſonders wird ſich eine Beſteuerung der Grundrente erforderlich machen. Der Referent ſchilderte ausführlich die Bedeutung und das Weſen dieſer Steuer, die nicht auf die Konſumenten abgewälzt werden kann. Er forderte, daß durch Geſetz der einzige Käufer alles Grund und Bodens der Staat ſein ſoll.

In längerer Diskuſſion wurden die Ausführungen ergänzt. Direktor Lange des D. B. B. ſprach beſonders über die Erfaſſung der Induſtriegewinne und forderte die Beteiligung des Reiches an allen Unternehmen. Eine Abwälzung der Steuern auf die Verbraucher muß unbedingt verhindert werden.

In ſeinem Schlußwort forderte Dr. Potthoff die Stärkung des gewerkſchaftlichen Gedankens und die Erkenntnis, daß mit aller Kraft die Beamtenſchaft für eine Hebung der wirtſchaftlichen Lage eintreten muß.

Lohnerhöhungen für Mineralwaſſerarbeiter. Für die in den Mineralwaſſerfabriken beſchäftigten Arbeiter, Arbeiterinnen und Kutſcher, die im Deutſchen Transportarbeiverband organiſiert ſind, beſteht ein Tarifvertrag, deſſen Lohnſätze mit Rückſicht auf die ganz koloſſale Teuerung zum 30. September gekündigt worden ſind. Nach ſchwierigen Verhandlungen kam es zum Abſchluß neuer Lohnſätze, die zwiſchen 220—330 M. Wochenlohn variieren. Die neue Vereinbarung gilt ab 1. Oktober auf unbeſtimmte Zeit. In einer Verſammlung dieſer Branche, in welcher der Vertreter Liebenow referierte, wurde nach eingehender Ausſprache das Abkommen angenommen, ſo daß der Wirtſchaftsfrieden im Gewerbe geſichert bleibt.

Tarifverhandlung im Verſicherungsgewerbe. Im Tarifſtreit der Verſicherungsangeſtellten hat der Reichsarbeitsminiſter mit Rückſicht auf die Bedeutung der Angelegenheit für das Wirtſchaftsleben auf Antrag der beteiligten Angeſtelltenverbände Einigungsverhandlungen auf Sonnabend, den 24. September, anberaumt. Bekanntlich wurde am 9. September von einem vom Reichsarbeitsminiſter eingeſetzten Schlichtungsausſchuß ein Schiedsſpruch gefällt, der von den Arbeitgebern angenommen, von den Angeſtellten in einer Urabſtimmung mit überwältigender Mehrheit (über 90 Prozent) abgelehnt wurde.

Holzarbeiter. Heute finden zwei große Mitgliederverſammlungen der arbeitenden Kollegen aller Branchen der Holzinduſtrie in der „Böhow-Brauerei", Prenzlauer Berg, und in den „Kammerſälen", Teltower-, Ecke Belle-Alliance-Straße, abends 6 Uhr, ſtatt. Jeder Kollege geht nach dem ihm am nächſtliegenden Verſammlungslokal. Mitgliedsbuch legitimiert.

Streikende Holzarbeiter! Am Freitag, den 23. d. M., vormittags 11 Uhr, im Gewerkſchaftshaus, großer Saal, Streikverſammlung der Funktionäre! Jeder Betrieb bis 50 Beſchäftigte entſendet einen Vertreter, darüber hinaus zwei. Kontrollkarten ſind im Bureau, Saal 3, erhältlich, ohne dieſe kein Zutritt. Tagesordnung: Bericht über den Stand des Streiks. Die Streikleitung.

Streikende Holzarbeiter Neuköllns. Freitag, den 23. September 1921, vormittags ½9 Uhr, im Karlsgarten.

Zimmerer. Hiermit allen Funktionären des Zentralverbandes zur Nachricht, daß morgen, Freitag, abends 6½ Uhr, eine Sitzung im Gewerkſchaftshaus ſtattfindet. Erſcheinen iſt unbedingt erforderlich. Der Vorſtand.

Arbeiterſport

Freie Turnerſchaft Lichtenberg-Friedrichsfelde. Heute abend 7 Uhr Eröffnung des Jugendheims An der Parkaue. Turngenoſſe Pakwald ſpricht über den Begriff ſozialiſtiſcher Weltanſchauung. Eltern und Erzieher, ſchickt Eure Söhne ins Jugendheim. Beſonders laden wir alle Lichtenberger Brudervereine ein.

Parteiveranſtaltungen

Verbands-Bildungskommiſſion U. S. P. Am Freitag, den 23. September, Vollverſammlung aller Diſtrikts-Bildungskommiſſionsmitglieder in der Arbeiter-Bildungsſchule, Breite Str. 8-9, pünktlich abends 7 Uhr. Tagesordnung: „Unſere Winterarbeit".

14. Diſtrikt. Die arbeitsloſen Genoſſen müſſen ſich ſpäteſtens bis 28. September bei Voß, Schwedter Str. 256, wegen Gratislieferung der „Freiheit" melden.

Donnerstag, 22. September

9. Verwaltungsbezirk (Wilmersdorf, Schmargendorf, Grunewald). Abends 8 Uhr äußerſt wichtige Funktionärſitzung bei Kuſſa, Lauenburger Str. 22.

Freitag, 23. September

1. Diſtrikt (Berlin-Mitte). Pünktlich ½8 Uhr Funktionärkonferenz bei Praſſe, Michaelkirchſtr. 20. Genoſſe Schild und Vores um 7 Uhr im ſelben Lokal.

Charlottenburg. Kinderſchutzkommiſſion. 11—1 Uhr Verteilung bei [illegible] Lützowerſtr. 8. Nur für die benachrichtigten Familien.

Lichtenberg-Stadt (17. Verwaltungsbezirk). An der Sitzung des Wahlkomitees, 7 Uhr, bei Selpke, Kronprinzenſtraße, haben auch alle Vorſtandsmitglieder teilzunehmen.

Sonnabend, 24. September

18. Verwaltungsbezirk, Abt. Niederſchönhauſen. Abends 7½ Uhr Sitzung der Delegierten, der aufgeſtellten Kandidaten ſowie der Funktionäre bei Kliebs, Kaiſer-Wilhelm-Str. 84.

12. Diſtrikt. Alle Genoſſinnen treffen ſich zur Geſangsübungsſtunde 8 Uhr bei Klimpel, Dunckerſtr. 83.

Rahnsdorf, Wilhelmshagen und Heſſenwinkel. Abends 8 Uhr Mitgliederverſammlung bei Möhl Nachf., Wilhelmshagen.

Sonntag, 25. September

13. Diſtrikt (Kreuzberg). Kinderwanderung mit Eltern und Parteifreunden nach Erkner—Löcknitz—Möllenſee. Treffpunkt ½7 Uhr, Admiralsbrücke, Ecke Grimmſtraße. Fahrgeld: Kinder bis zu 10 Jahren 1,80 M., Erwachſene 3,30 M. Mundvorrat, gemahlenen Kaffee und Taſſen mitbringen!

Vereinskalender

Donnerstag, 22. September

Neukölln. Internationaler Bund, Ortsgruppe Nord (4. Abt.), 10.—24. Bezirk. 7 Uhr Verſammlung bei Lenki, Hermannſtraße Ecke Jägerſtraße.

Freitag, 23. September

Verband der Sattler, Tapezierer und Portefeuiller (Ortsverwaltung Berlin). Abends 7 Uhr Verſammlung der Reiſeartikel- und Portefeuillerbranche bei Boeker, Weberſtraße 17. Bericht von den Verhandlungen in Leipzig.

Sonnabend, 24. September

Männerchor Moabit (M. d. A.-S.-B.). Abends 7½ Uhr findet in der Hochſchule für Muſik, Charlottenburg, Faſanenſtraße 1, ein Konzert ſtatt. Mitwirkende: Frau Martha Dreyer-Wolff, Konzertſängerin; Herr Arnold Dreyer, Organiſt an St. Georgen.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Leo Liebſchütz, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkſchaftliches: W. Rubner, Berlin; für den Inſeratenteil und geſchäftliche Mitteilungen: Ludwig Kameriner, Charlottenburg. — Verlagsgenoſſenſchaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

Allgemeine Ortskrankenkaſſe
für den Stadtbezirk Cöpenick

Hiermit laden wir die Mitglieder des Ausſchuſſes ein zu der am Freitag, d. 30. Sept. 1921, abends 7 Uhr, im Schloßreſtaurant (Inh. Drange) Berliner Straße 1, ſtattfindenden

außerordentlichen
Ausſchuß-Sitzung

Tagesordnung:
1. Wahl d. Ausſchußvorſitzenden
2. Bericht über den Stand der Errichtung eines Geneſungsheims im Rieſengebirge und weitere Beſchlußfaſſung hierzu.
3. Wahl von 2 Vertretern gemäß § 102 der Satzung.
4. Geſchäftliches.

Cöpenick, d. 21. Sept. 1921.
Der Vorſtand
Otto Nickel
Vorſitzender

Rauchtabak
Pfund 18 Mark
Holländer . . . 20 M.
Schwarz. Krauſen 22 M.
Portoriko . . . 23 M.
Gold Shag . . . 27 M.
Rund Große Hamburger Straße 1. I

Cairo
Bilder und Studien
mit zehn farbigen Kunſtdrucken
(Format 33×45 cm)
u. vielen farbigen Textbildern
auf feinſtem Kunſtdruckpapier in blauem Moiré-Einband mit Goldprägung
Ein Prachtwerk
80 Mark
Buchhandlg. „Freiheit"
Berlin C 2
Breite Straße 8—9

Bei allen Euren Einkäufen beruft Euch auf Euer Blatt!

Annahme in allen Expeditionen des Verlages. — Geſchäftsſtelle: Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Kleine Anzeigen

Das Ueberſchriftswort 2.— M., jedes weitere Wort im Text 1.50 M. netto; Stellengeſuche: Ueberſchriftswort 1.50 M., jedes weitere Wort im Text 1.— M.

Verkäufe

Kreuzfüchſe! 180.—. Zobelfüchſe! Blaufüchſe! Silberfüchſe! Seltene Gelegenheiten! Senſations-Sommerpreiſe! Anzüge! Hoſen! Uhren! Goldwaren! Spottpreiſe! (Keine Verſatzware) Fahrvergütung! Pfandleihhaus Schönhauſer Allee 115 (Ringbahnhof-Hochbahnhof)

Kreuzfüchſe 85.—. Sämtliche Pelzarten, Hälfte herabgeſetzte Sommerpreiſe, entzückende Damenmäntel. Keine Lombardware. Leihhaus Roſenthaler Tor, Linienſtraße 203/4, Ecke Roſenthaler Straße.

Anzüge 250.—, Gummimäntel 265.—, Hoſen 45.—, Cutaways, Gehrockanzüge, Ulſter, Paletots, Raglans ſtaunend billig, entzückende Damenmäntel. Friedensſtoffe. Keine Lombardware. Leihhaus Roſenthaler Tor, Linienſtraße 203-204, Ecke Roſenthaler Straße.

Grünau. Grünau. Herren-Anzüge nach Maß von 750.— an. Blaue Anzüge 500.— an. Große Auswahl in Ulſters, Paletots und Cutaways. Kühn & Schmidt, Grünau, Friedrichſtraße 27 a, I.

Leihhaus Friedrichſtr. 2 (Halleſches Tor) verkauft ſpottbillig Herrenanzüge, Cutaways, Ulſter, Schlüpfer, Hoſen, Kreuzfüchſe, Silberfüchſe, Alaskafüchſe. Keine Lombardware.

Bettwäſche billig! Räumungsverkauf zu alten Preiſen. Deckbettbezug 68.—, Kiſſen 15.—, Laken 35.—, Inletts 98.—, Wäſcheſtoffe, Handtücher Engrospreiſe. Reelle fachmänniſche Bedienung. Fahrtvergütung. Wäſchefabrik Gräfeſtraße neununddreißig (Haſenheide). Aelteſtes Spezialgeſchäft.

Zobel, Skunk, Silberfüchſe in jeder Preislage zu Engrospreiſen. Pelzhaus Jägermann, Oranienſtraße, Eingang Prinzeſſinnenſtraße 14, am Moritzplatz

Einzelräder, Leiterwagen, Kaſtenwagen, Rungenwagen, Magazinkarren billigſt. Fabrik Dresdener Straße 55.

Wintermäntel, neue für Damen 50.-, 65.-, keine Papierſtoffe, nie wiederkehrende Gelegenheit, nur ſoweit Vorrat reicht, Hornſtr. 4, Laden.

Winterulſter, neue für Herren, gefüttert, 150.—, keine Papierſtoffe, nie wiederkehrende Gelegenheit, nur ſoweit Vorrat reicht, Hornſtr. 4, Laden.

Bilder, Kunſtblätter, Wandſchmuck mit und ohne Rahmen kauft man in der Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8/9.

Jeder Betriebsrat muß die Schrift von Rud. Hilferding „Die Sozialiſierung und die Machtverhältniſſe der Klaſſen" leſen. Preis 3.— Mk. (Porto extra). Zu beziehen durch die Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Möbel

Küchen, moderne, mit und ohne Anrichte, lackiert, laſiert, roh, jetzt von 350 M. ab. Rieſenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringer Straße 22 (Schönhauſer Tor).

Einrichtungen äußerſt billig. Schlafzimmer, Speiſezimmer, Herrenzimmer, Küchen, Sofas, Ruhebetten, Einzelmöbel. Kerkau, Petersburger Str. 41. Zahlungserleichterung.

Kleiderſchränke, Vertiko, engliſche Bettſtellen, Sofas, Ausziehtiſche, Stühle, Sofaumbaue, Büfetts, Schreibtiſche, Bücherſchränke, ganze Schlafzimmer, Wohnzimmer, Küchen außergewöhnlich billig. Möbelhaus Kamerling, Veteranenſtraße 34 (Ecke Weinbergsweg).

Chaiſelongues 160.—, Chaiſelonguedecke 75.—, Metallbetten 160.—, Kinderdrahtbett, Wiege, Auguſtſtr. 32a, Laub.

Rehfeld, Badſtraße 34. Moderne Küchen, la Lackfarbe herrliche Verglaſung, 495.— Schlafzimmer Eiche, weiß und Nußbaum imit., 2900 Mark. Stube und Küche, 14 Teile, 2220 Mark. Seltene Gelegenheitskäufe, auch gebraucht. Verſand nach außerhalb. Hausnummer achten.

Umbauſofas 925.— bis 1325.—, Chaiſelongues 210.— bis 575.—, Auflegematratzen, Patentmatratzen 110.—. Walter, Stargarderſtraße achtzehn.

Fahrräder

Fahrradankauf, Kraus, Gr. Frankfurterſtraße 82.

Radreparaturen ſchnellſtens. Schlawe, Weinmeiſterſtraße 4.

Kaufgeſuche

Piano, auch ältere, privatim, kauft Ubreck, Winterfeldtſtr. 23. Kurfürſt 2320.

Schmuckſachen, Edelmetallbruch, Gebiſſe, Brillanten, Uhren, Münzen uſw. kauft D. W. Z., Oranienſtraße 138.

Schellack und Leim kauft Krüger, Eliſabethſtraße 17.

Kohoski, Goldſchmied kauft zu günſtigen Preiſen Platin, Gold-, Silberbruch, unmodernen Schmuck, Brillanten, Zahngebiſſe, Bernſteine. Eigene Verwertung. Goldwaren-Fabrik, Brunnenſtraße 188.

Velourteppiche, andere Diwandecken, Läufer, Schulmann, Winterfeldtſtr. 22, Kurfürſt 4070.

Schellack, Leim, Firnis uſw. ſucht Farbenhaus Neue Königſtraße 87. Königſt. 3091.

Hilferding, „Das Finanzkapital". Broſchiert oder gebunden kauft Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Straße 8/9.

Werkzeuge und Maſchinen

Spiralbohrer, Schmirgelſcheiben, Feilen, [illegible] Straße 44.

Geld-Verkehr

Geld ſofort auf jede Wertſache, Pfandſcheine, Wäſche, Goldſachen uſw. (Rückkaufsrecht). Schulz, Danziger Str. 6, hochparterre (an der Prenzlauer Allee).

Verſchiedenes

Die Beleidigung, die ich am 10. September der Frau Agnes Degner zugefügt habe, nehme ich mit Bedauern zurück und erkläre dieſelbe für eine ehrenhafte Frau. H. Kierſch.

Straßenhändler finden gute Artikel bei Kühn & Co., [illegible]ſtraße 11.

Umſonſt Brennmaterial Anklamerſtr. 33, II Hof.

Arbeitsmarkt

Suche Kontor oder Bureaureinigung. Frau Burkert, Tegelerufer 7.